Nr. 41 2. Ausgabe

Sonntag, 10. Februar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 10 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Hilfsgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Verbreitungsbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,20 Mk., vierteljährl. 3,60 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,32 „ „ 6,96 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Num. 10 Pf.

Der Eindruck des ersten Friedensschlusses

Starke Friedensbewegung in Rumänien — Organisierter Meuchelmord der Bolschewiki in Finnland — Angriffe auf die französische Staatspolizei — Die Zusammensetzung des polnischen Staatsrates

Die Stimmung in französischen Arbeiterkreisen

Von unserm W.-Mitarbeiter

Rotterdam, Anfang Februar

Ein aus dem französischen Munitionsdistrikte von Caen (Nordfrankreich) hierhergekommener vlaemischer Werkführer teilt über die Vorgänge und Stimmungen in französischen Arbeiterkreisen folgende Einzelheiten mit: „Es gibt unter den führenden Politikern in Paris keinen, der den Arbeitern so verhaßt wäre wie Georges Clémenceau. Die Unzufriedenheit über das von dem jetzigen Ministerpräsidenten eingeführte Unterdrückungssystem nähert sich allmählich revolutionärem Widerstande der Gewerkschaften. Was wir Clémenceau am schwersten anrechnen, das ist die tyrannische Niederhaltung der sozialistischen Willensäußerungen, das Knebeln unsrer Wortführer, die um jeden Preis eine Zusammenkunft mit den Sozialisten aller Länder arrangieren wollen, deren Streben dahin geht, eine „Friedenskarte für die ganze Welt" zu entwerfen und den Regierungen zumindest eine Grundlage für künftige Unterhandlungen zu verschaffen. Auch der frühere Munitionsminister Albert Thomas steht auf diesem Standpunkte, aber es werden ihm allerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Zum Beispiel drohen die Kriegshetzer mit der Veröffentlichung verschiedener Dokumente aus Thomas' Amtszeit. Sie würden Thomas in der gleichen Weise bloßstellen wie den früheren sozialistischen Verkehrsminister Marcel Sembat, der seine Abschwenkung zu den Minderheitssozialisten mit einem „Skandale" bezahlen mußte. Clémenceau ist der Mann, der vor nichts zurückscheut. Nicht bloß eine Anzahl von Exministern hält er in der Hand, das will besagen, er besitzt gegen sie „Dossiers", sondern auch den Deputierten etlicher Parteien könnte er, falls nötig, auf die Finger klopfen, mit seinen Aktenstücken natürlich. Anders wäre eine Regierung Clémenceaus überhaupt ausgeschlossen. Nur durch Furchteinlagen vermag der Greis zu wirken. Aus demselben Grunde, wie Poincaré ihm nachgeben mußte, beugen sich Parteiführer sozialistischer, radikaler, nationalistischer Richtung seinem Willen. Er hat sie alle in der Hand ...

Daß diese Gewaltherrschaft Clémenceaus nicht anders enden kann als mit einem furchtbaren „Krach", darüber ist man sich in Frankreich einig. Hervé, der abtrünnige Sozialist, weiß es auch, obwohl er seinen Georges jetzt als rettenden Engel hinstellt. Vor zwei Jahren erklärte aber Hervé in seiner „Guerre Sociale", daß Clémenceau der „gefährlichste Mann Frankreichs" sei, der Mann, dessen Ernennung zum Ministerpräsidenten gleichzeitig das traurige Ende eines verlorenen Kampfes ankündigen würde. Wer gibt heute noch etwas auf Hervé! Er warnt uns jetzt vor Revolution, indem er uns die „Peitsche Clémenceaus" vor der Nase tanzen läßt. Aber er möge nicht vergessen, daß die französische Arbeiterschaft den Haß und die Tollwut des kriegssüchtigen Ministerpräsidenten gegen Deutschland nicht teilt, daß sich weder die französischen noch die belgischen Sozialisten, in ihrer übergroßen Mehrheit, zu dem Vernichtungskrieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn mißbrauchen lassen. Unsre Gewerkschaften sind vollkommen auf der Höhe bezüglich der Kriegspolitik Clémenceaus. Sie wissen, daß der heutige Ministerpräsident, im festen Glauben an einen revolutionären Umsturz in Oesterreich-Ungarn und an eine Volksbewegung in Deutschland, die Dauer des Kampfes verlängern will, und das aus dem Grunde, weil er, zusammen mit einer Clique, die Idee einer „Neutralisierung des linken Rheinufers", nebst Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, teilt, weil er, zusammen mit Pichon und Poincaré, für Frankreich eine Landerwerbung in Kleinasien erstrebt.

Ja, der alte Georges stellt sich vor, daß er im Jahre 1919 derartiges durchsetzen werde. Deshalb rast er jetzt gegen die „Caillautins", deshalb preßt er den Engländern neue schwere Opfer ab, deshalb organisiert er in den Ententeländern eine kräftige Strömung zugunsten „der großen Friedensgrundsätze der Entente". Vor einer Diktatur würde er nicht zurückschrecken, wenn das ginge. In Paris besitzt er zwar einen „Mann mit eiserner Faust", den General Dubail, doch an der Front dürften sich höchstens ein paar royalistisch gesinnte Führer finden, die Clémenceau eine Unterstützung gegen ungefüge Volkselemente gewähren würden. So viel Talent auch der alte Tiger zu terroristischer Regierung besitzt, er scheint wohl zu wissen, daß angedrohte Enthüllungen und Haftbefehle auf die Dauer nichts nützen können. In Frankreich sagt man heute: die Verfolgten werden bald die Verfolger sein ...

Ich glaube, daß es der Kriegsregierung Clémenceaus in Bälde unmöglich sein wird, die Wünsche der Bevölkerung wegen der Ernährung nur annähernd zu erfüllen. In Frankreich herrscht jetzt noch ein solcher Schlendrian, daß viele Monate nötig sind, um erst einmal einen Ueberblick über die vorhandenen Grundstoffe usw. zu bekommen. Da Clémenceau den Ratschlägen der allgemeinen Arbeitskonföderation keine Beachtung zuteil werden ließ, so wird man ihm auf andre Weise verständlich machen, daß die den Frieden fordernde Bevölkerung nicht länger vertröstet und belogen sein will." □

Pressestimmen zum Friedensschluß

* Berlin, 9. Februar

Zu der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Ukraine sagt die „Tägl. Rundschau": „Militärisch ist der ganze Osten für uns ohne Bedeutung geworden. Das ist das Entscheidende und bleibt es. Auch wenn Herr Trotzkij es nicht einsehen will." — Im „Lokalanzeiger" heißt es: „Sicherlich nicht aus besonderer Vorliebe für die Mittelmächte, sondern als verständige Realpolitiker haben die Vertreter der ukrainischen Volksrepublik den Frieden mit dem Vierbund geschlossen. Man kommt an der Feststellung nicht vorbei, daß es die gute, bewährte Methode der alten Diplomatie war, die ihm uns brachte." — In der „Voss. Ztg." wird ausgeführt: „Im Augenblick sehen wir vor allem den moralischen Wert dieses Friedensschlusses. Er verringert die Zahl unsrer Gegner und schlägt eine Bresche in den eisernen Ring von Feinden, der den Vierbund seit Kriegsbeginn umklammert gehalten hat. Diese Tatsache bleibt ein Aktivposten, gleichgültig, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden." — Das „Berl. Tageblatt" schreibt: „Der Friedensschluß mit der Ukraine ist ein starker Erfolg der Verbündeten und ihrer Vertreter, ein sehr erfreuliches Ergebnis, und gern möchte man in ihm einen verheißungsvollen Anfang sehen." — In der „Deutschen Tageszig." heißt es: „Durch den Friedensschluß mit der Ukraine wird möglichermeise mit dem Unabhängigkeits- auch das Friedensbedürfnis andrer russischer Fremdvölker erweckt bzw. gestärkt werden. Was die Frage einer allgemeinen Wirkung des Friedensschlusses der Ukraine mit den Mittelmächten anbelangt, so ist hier aller Skeptizismus geboten. Wir sehen weder ein Anzeichen noch einen Grund zu der Annahme, daß der Friedensschluß auf andre als auf die russischen Fremdvölker und vielleicht auf Rumänien ansteckend wirken könnte. Die Parole und Forderung bleibt mithin die alte: Es muß gesiegt werden."

Die „B. Z. am Mittag" bemerkt: „Eine Gruppe von 40 Millionen Menschen ungefähr löst sich von der fiktiven Milliarde unsrer Feinde ab und will uns fortan wieder als Freund und friedlichen Nachbarn gegenüber haben. Der Präsident der ukrainischen Zentralrada ist Holubowitsch, derselbe Mann, der das Hauptstück der Verhandlungen mit uns geführt hat. Diese Einheit der Person ist die Bürgschaft für ein gutes weiteres Verständnis. In erster Linie wird der Frieden für alle Beteiligten wirtschaftliche Bedeutung haben. Aber die politischen Auswirkungen werden vielleicht noch interessanter sein. Er wird zunächst wohl der Ukraine selbst den meisten politischen Nutzen bringen. Die südrussischen Autonomien werden ihrer Führerschaft zuneigen, sie stärken und stützen. Aber auch in dem anarchisierten, ausgehungerten, chaotischen Nordrußland wird das Wort „Frieden" einen sehr positiven Klang haben. Die Frage wird bald nicht mehr sein, was Trotzkij sagen wird, sondern was mit Trotzkij geschehen wird. Der Bolschewismus soll eine ansteckende Krankheit sein. Aber der Frieden ist es noch viel mehr. 70 Millionen müde großrussische Seelen warten inbrünstig auf ihn. Die Staatsmänner der Entente haben den schon gebeugten Schultern ihrer Volksmassen noch einmal das eiserne schwere Joch aufgebürdet. Doch die Mittelmächte schließen Frieden mit jedem Willigen. Die Nachricht vernichtet jede politische Offensive in der Frage der Kriegsverantwortung. Die Stirn der Völker, über die Blut rinnt, droht schmerzlich nachdenklich zu werden."

*

Der Eindruck in Holland

(Privattelegramm)

+ Rotterdam, 9. Februar

Der Friedensschluß mit der Ukraine wurde durch Extrablätter verkündet und hat allgemein Genugtuung hervorgerufen. Die Presse verhält sich im allgemeinen zurückhaltend in der Besprechung und wartet die Einzelheiten des Vertrages ab. Der „Nieuwe Rotterd. Courant" meint, der Vertrag würde zweifellos mit solchen wirtschaftlichen Uebereinkommen verbunden sein, die für die Bekämpfung der Entente von größerem Wert sein dürften, als eine Anzahl von Monaten des Unterseebootskrieges. Infolge der Fülle von Lebensmitteln, die die Mittelmächte jetzt zweifellos aus der Ukraine erhalten würden, und zwar auf Kosten Nordrußlands, werde Rußland durch diesen Frieden in eine sehr schwierige Lage kommen, eine Tatsache, an der die Erklärung Trotzkijs, daß er den Frieden nicht anerkennen könne, nichts ändern werde. — Anders drückt sich das sozialistische „Het Volk" aus, indem es sagt, ein Friede ohne Annexionen könne dieses Uebereinkommen nicht genannt werden, weil sich die Regierung nicht um die Entschädigung über die Grenzländer kümmere und auch das föderative Bestreben, das Rußland vor dem Auseinanderfall schützen soll, nicht unterstütze.

Eine Friedenspartei in Rumänien

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

L. Budapest, 9. Februar

Nach russischen Blättern ist in der Moldau und Bessarabien die Bildung einer neuen Partei im Gange, der 148 Mitglieder der Kammer angehören werden. Die neue Partei hat auf ihr Programm das Schlagwort der „Rettung Rumäniens" gesetzt. Angeblich verlangt die Partei den Abschluß eines Friedens mit den Mittelmächten und macht davon ihr Verhalten zu König Ferdinand abhängig. Die Bewegung soll unter dem rumänischen Offizierkorps starken Anhang haben.

(kf)

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× Wien, 9. Februar. Amtlich wird verlautbart: Keine Kampfhandlungen von Bedeutung. Heute um 2 Uhr vormittags wurde in Brest-Litowsk der Friede mit der ukrainischen Republik abgeschlossen. Der Chef des Generalstabes.

Das Blutbad in Helsingfors

× Kopenhagen, 9. Februar

Der von „Berlingske Tidende" ausgesandte finnländische Korrespondent, der Finnland jetzt mit der schwedischen Hilfsexpedition verlassen hat, sandte von Bord des schwedischen Kriegsschiffes ein Funkentelegramm, worin es heißt: Die ersten Revolutionstage in Helsingfors verliefen einigermaßen ruhig. Die Stadt war vollkommen in der Macht der Revolutionsregierung und der Roten Garde. Die Bürger wurden mit Gewehren und Bajonetten in Schach gehalten. Jede Verbindung mit der Außenwelt war abgeschnitten. Kein Bürger durfte die Stadt verlassen. In den ersten Tagen durften noch Telegramme abgesandt werden, aber später wurde die Zensur eingeführt. Es war mit Lebensgefahr verbunden, Telegramme aufzugeben über das Blutbad, das die Rote Garde zusammen mit anarchistischen russischen Matrosen, nachdem sie die Regierung Manners und Sirolas zur Seite geschoben hatten, seit Donnerstag voriger Woche in dem unglücklichen Helsingfors anrichteten. In der Nacht auf Donnerstag sandte die Rote Garde Meuchelmörder aus. Zahlreiche junge Männer der Bürgerschaft wurden verhaftet, nach dem Gouvernementsgebäude gebracht und erschossen.

Die Verhaftungen wurden am Freitag fortgesetzt. Russische Matrosen beteiligten sich hierbei als Rote Gardisten verkleidet. Sie trugen Binden mit einem roten Bande um den Hut. Auf dem Offizierskasino, wo die russischen Matrosen ihr Hauptquartier hatten, wurde eine schwarze Fahne mit Totenkopf gehißt. Die Bürger von Helsingfors wurden von einer Panik ergriffen, die auch auf die skandinavischen Untertanen übergriff. Der schwedische Generalkonsul Ahlström setzte energisch bei der schwachen Revolutionsregierung durch, daß ein Zug zur Verfügung gestellt wurde. Die Rote Garde und die russischen Matrosen hatten so große Achtung vor der schwedischen Flagge, daß sie nicht wagten, den Abgang des Zuges zu verhindern.

Am Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag abend gingen Züge nach Mäntyluoto und Choin ab. Die schwedischen Entsatzschiffe trafen erst am Montag ein. Am Tage herrschte in Helsingfors anscheinend Ruhe. Aber sowie die Dunkelheit hereinbrach, kamen die Mörderbanden aus den Verstecken hervor und suchten die Stadt und die Bürger heim. Der 78 Jahre alte General Silversielm empfing die Angreifer an seinem Schreibtische sitzend mit dem Revolver in der Hand. Eine halbe Stunde lang hielt er gegen mehr als 200 Rote Gardisten stand, die zu sein waren, vornehmen, und tötete mehrere von ihnen. Die letzte Kugel richtete er gegen sein Herz. Die Roten Gardisten mißhandelten darauf seine Leiche, plünderten und zerstörten seine Wohnung. In der gleichen Nacht wurde eine große Anzahl Morde und Ueberfälle in andern Stadtteilen und in der Umgegend verübt.

Ausweisung der Ententevertreter aus Petersburg?

× Washington, 8. Februar. (Reuter)

Das Staatsdepartement erhielt vom amerikanischen Gesandten in Stockholm die unbestätigte Nachricht, daß die Bolschewiki die diplomatischen Vertreter der Alliierten aus Petersburg ausgewiesen hätten, die jetzt auf einem schwedischen Schiffe auf dem Wege nach Schweden seien.

Neue Schwierigkeiten der Bolschewiki

+ Stockholm, 9. Februar

Infolge der ungünstigen Wendung des finnischen und ukrainischen Bürgerkrieges gilt die Stellung der Bolschewiki auch in großrussischen Gebieten als erneuten Erschütterungen ausgesetzt. Besondere Bedeutung hat die plötzliche Opposition der Kirche, die sich bisher vom Bürgerkriege ängstlich ferngehalten hatte. Die Stimme des angesehenen Metropoliten könne, so beurteilt man die Lage hier, nicht ungehört verhallen.

Weiteres siehe auf Seite 3.

Der slawische Ring in Oesterreich

Von unserm id-Mitarbeiter

Wien, 8. Februar

Donnerstag nachmittag ist eine Ministerkrise ausgebrochen. Um 6 Uhr hätte die Generaldebatte über das Budget geschlossen und darüber abgestimmt werden sollen, ob das Haus in die Spezialdebatte eintrete. Allein es kam nicht dazu, und zwar aus folgendem Grunde:

Die Regierung hat vor einiger Zeit den deutschen Parteien die Errichtung eines Kriegsgerichts in Trautenau zugesagt. Seit 1887 ist diese Sache in Schwebe, ohne aus der Welt geschafft werden zu können. Es handelt sich dabei um die Frage der administrativen Abtrennung der Gerichtsbezirke in Böhmen, und dieses Kriegsgericht Trautenau bildet seit jeher einen Zankapfel zwischen Deutschen und Tschechen, weil die Deutschen dort ein rein deutsches Gericht in rein deutsches Sprachgebiete errichtet, also eine sprachliche Abgrenzung auf administrativem Wege durchgeführt wissen wollen, während die Tschechen in dieser Maßregel eine „Zerreißung Böhmens" sehen und sich seit jeher mit Händen und Füßen dagegen sträuben. Das ist nicht bildlich, sondern wörtlich zu nehmen. Als nämlich noch mehrmals gemachten, aber immer fehlgeschlagenen Versuchen, eine Regelung des Prager Landtags betreffend die Errichtung jenes Kreisgerichts zu erlangen, am 17. Mai 1868 der inzwischen verstorbene Abgeordnete Dr. Funke das Referat der Kommission in dieser Sache im böhmischen Landtage zu erstatten sich anschickte, wurde er daran durch die gewaltsame Obstruktion der Tschechen gehindert, die die Tribüne stürmten, alle Akten und Tintenfässer herumwarfen, mit den Füßen trampelten und einen solchen Heidenlärm machten, daß sie die Erstattung der Sitzung erzwangen. Es war die erste gewalttätige Obstruktion in einer gesetzgebenden Körperschaft Oesterreichs, der leider noch viele andre im Wiener Reichsrate und in einigen Landtagen folgten.

Wiederholt wurde später von einzelnen Regierungen der Versuch gemacht, das Kreisgericht Trautenau zu errichten, er scheiterte immer an dem Widerstande der Tschechen, die darin ein Präludium für die Abgrenzung des geschlossenen deutschen Sprachgebiets in Böhmen sehen. Jetzt hat Ministerpräsident Seidler sich schriftlich verpflichtet, innerhalb eines bestimmten Termins den so gerechtfertigten Wunsch der Deutschen zu erfüllen. Durch eine bisher noch nicht aufgeklärte Indiskretion haben die Tschechen dieser Tage davon erfahren, und ihr Führer Stanek hat sofort den Ministerpräsidenten darüber befragt. Dr. v. Seidler hat zugegeben, dieses Zugeständnis den Deutschen gemacht zu haben, hat sich jedoch bereit erklärt, „auch etwaigen Wünschen der Tschechen entgegenzukommen". Allein die Tschechen ließen sich die Gelegenheit nicht nehmen, „erregt", „empört", „entrüstet" zu sein. Sie alarmierten die Südslawen und die Mutzenen. Bedauerlicherweise griff auch im Polenklub die Strömung um sich, nicht das ordentliche Budget zu verlieren, sondern nur ein zweimonatiges Budgetprovisorium zu bewilligen (es wäre das dritte Budgetprovisorium im sieben Monaten!). Da die Tschechen obendrein mit gewaltsamer Obstruktion drohten trat der Ministerrat zusammen, und namentlich mit Rücksicht auf die Haltung des Polenklubs der mit dem Antrage auf ein neues Budgetprovisorium als nicht mehr zur Majorität gehörig zu betrachten war, beschloß das Kabinett, die Gesamtdemission zu geben.

Der Kaiser hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts sofort abgelehnt. Der Wortlaut des Handschreibens geht, daß dies aus zwei Gründen geschah: einmal weil das Ministerium das volle Vertrauen der Krone besitzt, und dann, weil der Rücktritt „angesichts der parlamentarischen Lage" erfolgte. Ein Wechsel in den Personen schien also dem Kaiser nicht angezeigt aus persönlichen und aus sachlichen Gründen. Der Kaiser ist in seiner Ueberzeugung von der Vertrauenswürdigkeit des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler durch die politisch-parlamentarischen Vorgänge nicht wankend geworden und vertraut auch der fachlichen Tüchtigkeit der Ressortminister. Darüber herrscht auch in den politischen Kreisen nur eine Stimme: alle Parteien bringen den Mitgliedern des Kabinetts persönlich die größte Hochachtung entgegen, auch die oppositionellen Parteien. Und wenn man dennoch nicht vorwärts kommt, wenn sogar bei der Frage, ob man in die Einzelbesprechung über das Budget eintreten soll, eine Krise ausbricht, so liegt der Grund in den politischen Verhältnissen und den nationalen Strömungen, die sich in der parlamentarischen Lage widerspiegeln, auf die die Minister und auch das Handschreiben des Kaisers sich beziehen.

Die Krone ist offenbar der Ansicht, daß ein Ministerwechsel diese Lage nicht ändern würde, und sie vermeidet darum den Austausch der Personen. In der Tat steht die Sache so, daß jede Regierung, die die Geschäfte von allgemein staatlichen Gesichtspunkten und nicht vom Standpunkte des „böhmischen Staatsrechts" führt, auf die Gegnerschaft der Tschechen stoßen würde, die den selbständigen böhmischen Staat (Böhmen, Mähren, Schlesien und die ungarische Slowakei) außerhalb des Rahmens Oesterreichs anstreben und die Verwirklichung dieses Phantasiegebildes von der Friedenskonferenz nach dem Weltkriege erhoffen. Mit den Tschechen haben die Südslawen Bruderschaft geschlossen, denn sie erstreben und erhoffen den südslawischen Staat (Krain, Istrien, Küstenland, Dalmatien,

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180210021/1